

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 12 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugpreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10 b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Zustellung
bei allen Postämtern.
Witkafischer Poststempel

Berlin, 26. März 1926

Zahle deinen Ertragebeitrag.

Wozu die für Februar und März ausgeschriebenen Ertragebeiträge gebraucht werden, ist bekannt genug. Trotzdem gibt es noch genug Mitglieder, die immer wieder fragen, warum Ertragebeiträge erhoben werden. Wer so fragt, ist wahrscheinlich noch nicht allzu hart von Arbeitslosigkeit oder Krankheiten mitgenommen worden. Im anderen Falle würde solche Frage kaum gestellt werden. Wie bereits in Nr. 11 dieser Zeitung mitgeteilt wurde, hatten wir im Verband Ende Februar 34,6 Proz. völlig arbeitslose und 31,0 Proz. Kurzarbeiter. Unter den 9641 Kurzarbeitern waren 6918, die 17 bis 25 Stunden und mehr verkürzt arbeiteten. Von unseren 31 800 Mitgliedern wurden mithin 20 953 mehr oder minder von der Arbeitslosigkeit heimgeschickt.

Leider konnte bisher eine wesentliche Besserung der Arbeitsmarktlage noch nicht beobachtet werden, so daß in den nächsten Tagen dieser furchtbare Zustand wohl noch andauern wird. Welches Mitglied, das in Arbeit steht, ist da nicht bereit, die Arbeitslosen stützen zu helfen.

Wir müssen aber auch daran denken, daß diese Ertragebeiträge nicht nur notwendig sind, um die Not der Arbeitslosen zu lindern; sie sind auch gleichzeitig erforderlich, um unsere Kampfkraft zu erhalten. Hier müssen verhältnismäßig kleine Opfer gefordert und natürlich auch gebracht werden. Hier kann jeder sein wahres Solidaritätsbewußtsein durch sofortige Entschlossenheit und Beweisen, daß er nicht nur mit dem Munde Klammert, sondern auch mit der Hand.

Es ist leicht gesagt, daß die Hauptkasse ihren statutarischen Pflichten nachzukommen hat, dafür muß aber dann auch die Voraussetzung gegeben sein, die finanziellen Mittel.

Man kann nicht mehr aus der Hauptkasse des Verbandes herausnehmen als hineingeht. Der Beitrag und Leistung müssen sich das Gleichgewicht halten. Die Verbandskasse ist in den letzten drei Jahren in einer Weise in Anspruch genommen worden, die alle Voraussetzungen übertraf. Streiks, Ausperrungen und Arbeitslosigkeit in einem Umfang, der alles Normale weit überholt, machen erhöhte Opferwilligkeit allen zur Pflicht, die nicht so hart betroffen sind.

Wer Klassenkämpfer sein will, zahlt jetzt nicht nur pünktlich seine Wochenbeiträge, sondern auch die ausgeschriebenen Ertragebeiträge.

Die Solidarität über alles!

Das Theater in Genf ist aus.

Die Mächtevertreter kamen in Genf zusammen, um den Vorkriegsvertrag betreffs Völkerbund durch die feierliche Aufnahme Deutschlands zu krönen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die alten Diplomatenfünke, mit vielen schönen Worten um den Kern der Sache herumzureden, noch wie vor mit Virtuosität geliebt werden. Um die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hinauszuzögern, hat man die Vertreter einiger Kleinstaaten, die mit dem Völkerbund von sehr geringer Bedeutung sind, anscheinend veranlaßt, auch ihrerseits Ansprüche auf Aufnahme im Völkerbund zu erheben. Das ist der äußerliche Vorwand, an dem die Aktion scheiterte. Vor allem waren es Polen und Brasilien, die vorgeschoben wurden. Die Engländer beschuldigen die Franzosen der Urheberhaft, die Franzosen wieder suchen die Ursachen auf amerikanische Beeinflussung zurückzuführen, andere wieder vermuten, daß Italien die Hand im Spiele habe.

Man wird wohl der Wahrheit am nächsten kommen, wenn man den Hauptinteressenten an der Nichtaufnahme in den Völkerbund in Frankreich sucht. Amerika ist natürlich stark interessiert, ob der Völkerbund besteht oder nicht. Man vermutet, daß es jetzt dazu übergeht, eine Weltwirtschaftskonferenz zustande zu bringen, von welcher Frankreich und England nichts wissen wollen, weil dadurch die imperialistische Standpunkt gefährdet würde.

Amerika ist der Gläubiger der großen europäischen Staaten und soll ihnen immer mehr Kredite einräumen. Bei der ganzen Einstellung der amerikanischen Kapitalisten ist es naheliegend, daß sie diese Forderungen gebrüht ausüben trachten. Es wird schon befürchtet, daß Amerika, als Folge der gegenwärtigen politischen Konstellation, mit weiteren Kapitalanlagen in Europa Schluss machen könnte.

Die Verschuldung der europäischen Staaten ist der dunkelste Punkt und es ist kaum abzusehen, wie sie sich aus dieser Schuldnöchlichkeit freimachen wollen und können.

Ueber den Umfang dieser Schulden machte „Wirtschaft und Statistik“ folgende Angaben:

England schuldet den Vereinigten Staaten Ende 1924 19,21 Milliarden Goldmark. Frankreich schuldet England 12,81, den Vereinigten Staaten 17,37, gleich 30,18 Milliarden Goldmark. Italien schuldet England 11,9, den Vereinigten Staaten 8,8 Milliarden Goldmark. Rußland hat eine Schuld von insgesamt 21,82 Milliarden Goldmark. Davon an England 15,46, an Frankreich 5,28, an Amerika aber nur 1,06 Milliarden Goldmark. Belgien schuldet Frankreich 2,48 und Amerika 1,98 Milliarden Goldmark. Die Amerikaner allein haben 61,6 Milliarden Goldmark ausgeliehen, die Engländer 59,7. Dazu kommt noch Holland mit 0,8 Milliarden Goldmark.

Die Amerikaner sind mithin die Gläubiger aller anderen Staaten, denn selbst England ist nicht imstande, die Gesamtschulden der europäischen Länder zu decken. Man kann es deshalb schon begreifen, daß die Amerikaner mit einem gewissen Hohn auf das gesprochene Gebahren der europäischen Staatsoberer und ihre Pläne herablehnen. Man kann weiter verstehen, warum Amerika nichts vom Völkerbund wissen will.

Wer sich einen Begriff davon machen will, was solche Schuldenlasten zu bedeuten haben, der muß wissen, daß zum Beispiel England, das sich verpflichtet hat, seine Schulden an Amerika zu decken, jeden Tag in der Woche, 60 Jahre lang, eine halbe Million Dollar an Amerika abzuführen muß.

Diese Schulden müssen mit 3 Proz. in den ersten zehn Jahren verzinst werden, in den folgenden mit 2½ Proz., wozu noch ½ Proz. für Amortisation kommt. Nebenbei schwierig ist die Schuldentilgung für die anderen Länder. Mit Frankreich ist noch keine Lösung gefunden, denn dort ist die Finanzlage äußerst kritisch. Hier erwartet man anscheinend alles Heil von den deutschen Reparationsleistungen. Nun befindet sich Deutschland schon seit fünf Monaten in einer äußerst gefährdeten Wirtschaftslage. Es ist doch sehr fraglich, ob es überhaupt imstande ist, die ihm auferlegten Reparationsleistungen zu erfüllen. Will es zehnmal und kann nicht, weil Handel und Ausfuhr daniederliegen, dann sind neue und schlimmere Konflikte mit den Dawesmächten zu erwarten.

In dieser Situation verlangt alles nach einer Regelung des Schuldproblems und man wirft die Frage auf, ob es nicht notwendig ist, die Kriegsschulden überhaupt niederzuschlagen. Wie der hauptsächlichste Gläubiger Amerika sich dazu stellen wird, dürfte nicht schwer zu erraten sein. Amerika ist bekanntlich auch noch Gläubiger Deutschlands, und es wird sogar vielfach behauptet in viel größerem Umfang als gemeinhin bekannt ist. Daneben macht Amerika der deutschen Industrie verheerendste empfindlichste Konkurrenz und unterbindet ihr nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland die Absatzgebiete.

Letzten Endes dürften diese schwierigen Probleme der Weltwirtschaft wohl die eigentlichen Ursachen bilden, weshalb man weder bei früheren Konferenzen noch jetzt in Genf zu einer Verständigung gelangen konnte.

Alles hängt somit heute von Amerika ab; es besitzt die Macht, die europäischen Mächte zu einer erträglichen Lösung aller strittigen Fragen zu zwingen, indem es sowohl das Reparations- wie das Schuldenproblem auflöst.

Leider hat es aber nicht den Anschein, als ob man in Amerika von den frampfhafsten Zuständen, in welchen sich die europäischen Staaten befinden, sonderlich bewegt wäre. Die unbedeutenden Massen der Völker sind leider die Brügelknaben, die alles Ungemach trifft, was aus dieser Situation noch entstehen kann.

Kaum haben wir diese Zeilen beendet, ist auch schon aus Amerika die Nachricht da, daß Amerika entschlossen sei, dem internationalen Betrüsten ein für allemal ein Ende zu machen. Daß die Vertagung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auf ein halbes Jahr im September auf neue Schwierigkeiten stoßen wird, glauben wir unterrichtete Personen annehmen zu können. Der Botschafter Houghston soll über den Völkerbund einen sehr scharfen Bericht erstattet haben. Vor allem fürchtet Frankreich durch Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zur Enttarnung veranlaßt zu werden. Auch die Haltung Italiens erscheint Amerika beunruhigend, das sich nicht scheue, seine imperialistischen Inspirationen vor aller Welt offen zu verhandeln. Weiter wird amtlich bestätigt, daß Frankreich, Italien und Japan sich der getrennten Erörterung der Seeabstufungs- und der Landabstufungsfragen widersetzen.

Ran ist in Amerika der Auffassung geworden, daß die europäischen Mächte nur durch finanziellen Druck zur Vernunft gebracht werden können. Man rechnet, daß spätestens in zwei Jahren das kritische Stadium erreicht sein wird, indem die militärischen Massen so stark sind,

daß die öffentliche Meinung der betroffenen Völker gegen ihre Regierungen revoltieren und energisch ihre Herabsetzung fordern.

Anscheinend gibt es dennoch Leute in Amerika, die sich weiter bemühen wollen, die Friedenswilligen in Europa zu unterstützen. Wenn Europa indes nicht zur Vernunft kommen sollte, dann bliebe Amerika schließlich auch nichts weiter übrig, als es seinem Schicksal zu überlassen.

In dieser kritischen Situation ist es ein billiger Trost für Deutschland, daß es entwaftet ist! — Ob freilich das Verhalten der deutschen Regierungsvorretter in Genf tatsächlich klug und richtig war in Anbetracht der ganzen Konstellation, das ist eine Frage für sich, die ja auch bad eine Klärung finden muß. Was bisher darüber berichtet wurde, genügt keineswegs, um ein klares Bild zu gewinnen.

Wirtschaftslage und Schwerindustrie.

Die Nachrichten über den Stillstand resp. Rückgang der Arbeitslosenziffern scheinen doch etwas verfrüht gewesen zu sein. Am 15. März tagten in Essen die prominenten Vertreter der rheinisch-westfälischen Wirtschaft. Dort hat ein Dr. Schmidt von der Eisfelder Handelskammer über die Aussichten der Wirtschaftslage ziemlich pessimistische Ausführungen gemacht. Man sei noch mitten in der Krise, die vielfach Neigung zu weiterer Verschärfung zeige. Und der Präsident der Dortmunder Handelskammer Dr. Juchos forderte die Rückkehr zur Vorkriegsarbeitszeit, er hält auch nicht viel von einer Rationierung, denn die Rationalisierung ist abhängig von den vorhandenen Mitteln. Auch müsse ein zu weit gehender Abbau vorhandener Produktionsanlagen verhindert werden, denn er wirke verhängnisvoll als Folgeerscheinung der Lohnzwangswirtschaft.

Es müsse ernstlich versucht werden, im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Wirtschaftsfrieden wiederherzustellen. Selbstverständlich wurde eine Entschleunigung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß ein dauernder Absatz für die deutsche Arbeit im In- und Ausland nur durch äußerste Anspannung der Arbeitszeit und der Arbeitsleistung gesichert werden könne.

Von einer Entlastung der Produktionskosten durch Abbau unproduktiver Kräfte, wie Generaldirektoren, Direktoren, Sanitäts-, Geschäftsführer, Werkmeister, Ingenieure usw. und auch der Profiteure hat man nicht geredet, wenigstens ist das aus dem Bericht über die Tagung nicht zu erfahren. Immer ist es der Arbeiter, der mehr und billiger schuften soll, damit sich ja recht viele Drohnen von seiner Arbeit ohne allzu große Mühe ein bebagliches Dasein leisten können. Auf solchen Wegen kann eine dauernde Genesung der deutschen Wirtschaft und auch kein Zustand eines Wirtschaftsfriedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt werden.

Wenn die Herren von den Handelskammern sich derart eingestellt haben, so läßt das darauf schließen, daß diese ihre Stellungnahme sich in denselben Geleisen bewegt, welche die rheinisch-westfälischen Industriellen weiter zu wandeln wünschen. Der Wirtschaftsfrieden in diesem Sinne kann also nur auf einer Interdubung und Vertiefung der Arbeiterschaft aufgebaut werden.

Die Herren vom Vorstand sollen demnächst vom Reichszustizler und den Reichsministern empfangen werden. Sie werden beauftragt, dort folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Steuerminderungen, die eine direkte Entlastung für die Produktion bringen und die Kapitalbildung wieder ermöglichen.
2. Eine durchgreifende Finanz- und Verwaltungsreform. Abbau der Ausgaben und Behörden, klare Aufgabenteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, eine Verwaltungsreform, welche die Dreigliederung des gesamten politischen sowie verwaltungsmäßig-selbständigen Apparates in ihrem heutigen Ausmaß und damit eine Fülle unnötiger Doppel- und Nebenarbeit, der Hauptquelle der unerträglichen gemeinschaftlichen Belastung, beseitigt.
3. Sofortige Rückkehr zu einer wirklich gesunden Sozialpolitik, Beseitigung aller Bestimmungen, die produktionshemmend wirken und den Arbeitswillen und die Selbstverantwortung des einzelnen zunichte machen, Anpassung der sozialen Leistungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.
4. Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft, Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens und Förderung des Arbeitsfriedens durch die Betriebsgemeinschaft, Aufhebung der bestehenden Demobilisationsvorschriften und der noch vorhandenen Reste zwangswirtschaftlicher Gesetzgebung.
5. Verzicht aller öffentlichen Körperschaften, insbesondere auch des Staates, auf den Mißbrauch, der Wirtschaft durch Steuern entzogene Mittel zu einem volkswirtschaftlich unberechtigten Erwerb gewerblicher Unternehmungen und Beteiligungen zu verwenden.

Die man aus dieser neuerlichen Kundgebung ersieht, ist die Schwerindustrie nicht gewillt, bei sich selber Ordnung zu schaffen. Sie beharrt vielmehr auf ihrem alten Programm: Die Arbeiter sind unsere Sklaven, die arbeitslose Mehrzweckarmee muß uns schuldig zur Verfügung gestellt werden. Jeder gesellschaftliche Eingriff in die Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer muß unterbleiben. Der Staat hat nicht das Recht, gewerblich zu produzieren und den Unternehmern Konkurrenz zu machen.

Man targei nun Unternehmerrseite nicht mit Vorschriften, was die Regierung zu tun und zu unterlassen hat. Sie hat zu sparen und abzubauen nach Vorhritt dieser Wirtschaftsgewaltigen; nur was sie selber zu tun gebeten, darüber herrscht Schweigen, das geht der Regierung nichts an. Man scheint die Männer der Regierung so quasi als Angefesselte der Schwerindustrie zu betrachten. Ob sie das wirklich sein wollen, möchten wir hoch bezweifeln, es muß sich ja bald zeigen.

Nachdem die Großindustriellen ungeheure Kapitalien zum Ausbau ihrer Produktionsanlagen festgelegt haben, sind sie nun bereit, die Kosten dieser letzten Verwendung dem Staat resp. den anderen Wirtschaftskreisen aufzubürden. Hat man sich übernommen, und das ist sicher der Fall, wie die kampfhaften Maschinen zur Hochhaltung der Preise bemessen, dann sollen die Schlauberger auch die Kosten selbst tragen.

Von der Wirtschaftsenquete versprechen sich die Herren unter diesen Umständen natürlich keine Vorteile. Diese Vorteile im Gegenteil, wenn sie die wahren Ursachen der Krise wirklich wahrheitsgemäß aufdeckte, kaum zu ihrem Ruhm arbeiten. Deshalb fürchtet der schon genannte Dr. Juchow auch eine schwere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Interessen, denn sie sei nur aus politischen, nicht aus sachlichen Gründen geplant. Man hat aus alledem, was bereits über Entstehung und Verlauf der Krise bekanntgeworden ist, tatsächlich den Eindruck, als wenn die Schwerindustrie alles tut, was in ihren Kräften liegt, um das Ende so lange wie nur möglich hinauszuzögern. Wahrscheinlich glaubt man die Arbeiterschaft (und der Regierung dadurch so weit möglich zu kriegen, daß sie den unerhörtesten Zumutungen Folge leisten. Das kann und darf nicht geschehen, der Widerstand muß mit effizienter Energie fortgesetzt, die Pläne der Schwerindustrie müssen gänzlich gemacht werden.

Am gleichen Tage (15. März) trat in Berlin der Deutsche Bauergewerksbund zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Baepflog liegt die Bauwirtschaft trotz günstiger Witterung noch vollständig daneben. Allein von den Mitgliedern des Bundes sind seit Monaten 40 Proz. arbeitslos. Eine Zustandsanalyse zu Bauwesen ist geshickert, man verfuhr nun auf andere Weise einige hundert Millionen Markt für Bauwerke flüssig zu machen. Aber selbst wenn das gelingt, würde der infanznämliche Weg, den solche Vorhaben durchzuführen haben, erst zu Anfang Juni bewirken, daß die Bautätigkeit einigermaßen in Gang kommen würde. Die Unternehmer im Bauergewerbe machen es wie fast alle anderen Unternehmer auch, sie guden es den Schwerindustriellen ab; wie die sich räusperten und auf die Arbeiter spucken, so machen sie es auch. Der Zusammenhang der Gesamtwirtschaft, namentlich mit der Metall- und Kohlenindustrie, mit dem Bauergewerbe, der Holzindustrie usw., ist ununterbrochen.

Wenn das alles, wie geschildert, zutrifft, dann hätten wir nach weitere zwei Monate auf eine Besserung der Wirtschaftslage zu warten. Hoffentlich ist das aber nicht der Fall. Jedenfalls müssen wir aus alledem erkennen lernen, auf was es ankommt. Wollen wir nicht unterdrückt werden und unsere Lebenshaltung noch schlechter gestalten lassen, als sie es jetzt ohnehin schon ist, dann heißt es Kampf gewinnen; denn darauf kommt alles an im Wirtschaftskampf, der für uns gleichbedeutend ist mit Lohnkampf. Lohnkampf ist Klassenkampf!

Zur Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Spigewerksbände der Gewerkschaften haben beim Reichsarbeitsministerium die Aufnahme von Verhandlungen beantragt, um eine grundsätzliche Neuregelung der Unterstützung der Erwerbslosen herbeizuführen. Die letzten durchaus ungenügenden Erhöhungen der Unterstützungssätze sind nur als „vorübergehende Ausnahmeregelung“ für befristet, so daß eine definitive Regelung herbeigeführt werden muß. Da die bisherige Staffelung der Unterstützung nach Ortsklassen und Wirtschaftsgebieten große Ungerechtigkeiten unvermeidlich macht, fordern die Gewerkschaften, daß an die Stelle der Gruppierung nach Orten die Staffelung der Unterstützung nach Lohnklassen tritt. Diese Regelung ist für das endgültige Arbeitslosenversicherungsgesetz ohnehin vorgesehen und soll nun bereits vorweggenommen werden. Außerdem fordern die Gewerkschaften, daß die bisher vorgeschriebene Prüfung der „Bedürftigkeit“ der zu unterstützenden Erwerbslosen fortfällt und entsprechend der allgemeinen Beitragspflicht der Arbeitnehmer ein Bezugsrecht auf Unterstützung durchgeführt wird.

Die Spigewerksorganisationen haben sich am 15. März in diesem Sinne mit folgendem Schreiben an den Reichsarbeitsminister gewandt:

Die unterzeichneten Spigewerksbände der Gewerkschaften halten die sofortige Beratung, Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung für dringend geboten.

Da mit einer solchen Erledigung aber nicht gerechnet werden kann, zumal die Begründung zum Gesetzesentwurf noch nicht vorliegt, muß eine Zwischenlösung gefunden werden. Das ist um so mehr notwendig, als die jetzige Regelung der Höchstätze ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet, die Kurzarbeiterunterstützung befristet und das ganze Unterstützungssystem so kompliziert wurde, daß eine bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gültige Regelung mit gleichzeitiger Vereinfachung des gesamten Verfahrens durchgeführt werden muß.

Deshalb wir überzeugt sind, daß die Einwände gegen die jetzigen Höchstätze auf der Verallgemeinerung von

Einzelfällen beruhen, sind wir doch gern bereit, zu unserem Teil an der Beseitigung etwa vorhandener Uebelstände mitzuwirken.

Eine wirksame Abhilfe und zugleich eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze erfordern wir einzig und allein in der Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen und der Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen.

Gleichzeitig müßten die Bestimmungen über Kriegsfolge und Bedürftigkeit aus der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, weil mit der Beitragspflicht unvereinbar, ausgemergelt werden.

Da eine erneute Regelung der Unterstützungssätze ohnehin zum 1. Mai erfolgen muß, und dieser Termin infolge der stärkeren Beschäftigung in der Landwirtschaft für eine Aenderung des Berechnungssystems besonders günstig ist, hätte die Einführung der Staffelunterstützung am 1. Mai zu erfolgen.

Eine Befregung dieser Anträge mit den unterzeichneten Organisationen müßte vor der in Aussicht genommenen Sitzung des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge der Reichsarbeitsverwaltung erfolgen. Wir ersuchen daher den Herrn Reichsarbeitsminister, recht bald einen Termin dafür anzugeben.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Deutscher Gewerkschaftsbund.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Sind unsere Unterstützungseinrichtungen von Wert für die Organisation?

Angeht die große Arbeitslosigkeit, welche viele Mitglieder in Mitleidenhaft zog, ist zum Verbandstag kein einziger Antrag gestellt worden, welcher die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung fordert. Ein einziger Antrag will die Unterstützung in Krankheitsfällen und die Beerdigungsbeihilfe abgeschafft wissen. Sonst melden sich vor fast allen Tagungen immer einige Mitglieder mit solchen Anträgen, die natürlich abgelehnt wurden.

Wer die Zeiten mit durchgemacht hat, als die Gewerkschaften noch keine Unterstützungseinrichtungen hatten, dem ist auch bekannt, daß es damals mit unserer Kampfraft und unserer Kampffähigkeit nicht sehr weit her war. Unser Appell an die Solidarität, den Opfermut, den Idealismus und an die eigenen Interessen reichte nicht aus, um die Berufsangehörigen dauernd um unsere Fahne zu sammeln. Die Situation war unheimlich groß, man wollte auch keine Beiträge zahlen, so daß es unmöglich war, einen nennenswerten Kampfzins aufzusammeln. Auch der Hinweis, daß wir Kampfverbände, aber keine Unterstützungsgewerkschaften seien, hat nicht vermocht, den Opfermüttern der Berufsangehörigen so anzufeuern, daß sie der Organisation in größerer Zahl beitreten und treu blieben. Es war dann wirklich nicht ganz leicht, allen Pessimismus gegen die Unterstützungseinrichtungen zu überwinden, und es hat sehr langer, oft recht harter Kämpfe bedurft, bis es soweit war, daß sie eingeführt werden konnten.

Es wurden dann jedoch die besten Erfahrungen damit gemacht, wenn die Mitglieder gäben gern höhere Beiträge, weil sie bald erkannten, daß der Verband dadurch erst ein richtiger Kampfverband geworden war. Einmal hielt das erworbenene Recht auf die Unterstützungseinrichtungen zusammen und leistete auch die Disziplin; das andere wurde durch den höheren Beitrag die Finanzkraft und dadurch die Kampffähigkeit des Verbandes verdoppelt und verdreifacht.

Kampf um bessere Löhne, um Verkürzung der Arbeitszeit war unsere Lösung, und es wurde geschafft und schöne Erfolge erzielt. Gemiß haben sich in den letzten Jahren die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder gemäßig verschärft. Harte Kämpfe sind geführt worden, um gegenüber der allgemeinen Teuerung und Brettelheral nicht allzu weit zurückzubleiben und schwer Erreichtes nicht wieder preisgeben zu müssen. Die Berichte über die geführten Kämpfe reden da eine deutliche Sprache, und sie erforderten große Mittel. So wurde uns denn auch erst kürzlich von gewisser Seite unterstellt, unsere Unterstützungseinrichtungen wären zu stark ausgebaut. Es ist zwar richtig, daß unser Verband mit seinen Leistungen mit an der Spitze von allen anderen Verbänden steht und daß die außergewöhnlich hohen Ziffern der Arbeitslosigkeit alle normalen Verhältnisse übersteifen. Das ist aber doch hoffentlich ein Ausnahmefall, der bald überwunden wieder normalen Zuständen Platz macht.

Auf der außerordentlichen Tagung des Bauergewerksbundes war auch von gewisser Seite die Abschaffung der Unterstützungseinrichtungen beantragt. Das wurde abgelehnt.

Selbstredend wollen wir unsere Unterstützungseinrichtungen nicht überspannen, die Anträge des Vorstandes an den Verbandstag verdrängten dies in wohl überlegter Weise. Aber selbst wenn die staatliche Arbeitslosenversicherung noch viel besser ausgebaut würde als es der Fall ist, wird sie doch noch lange nicht genügen, um den Erwerbslosen für längere Zeit vor dem Elend und wirtschaftlicher Zerrüttung zu schützen. Hier wird nach wie vor die Selbsthilfe einen gewissen Ausgleich schaffen helfen.

Es mag auch noch daran erinnert werden, daß die Arbeitslosenunterstützung verhalten soll und verhalten muß, daß der gänzlich mittellose Berufslose sich dem Arbeitgeber unter Tarif oder üblichen Lohn anbietet. Warum wollen die Unternehmer die sozialen Schutzgesetze möglichst abbauen und am liebsten ganz abschaffen? Weil sie dann erwarten, daß die Arbeitslosen, durch die ansehnliche Kosten anziehen, für jeden Preis zur Arbeit bereit sind. Weil man hofft, daß dann jenes O-jah wieder Geltung hat, wonach sich die Preise für jede Ware, also auch für die Ware Arbeitskraft, ungehemmt nach Angebot und Nachfrage regeln. Die arbeitslose Mehrzweckarmee, die vergebens Arbeit sucht, würde dann sehr leicht die Löhne herunterdrücken unter das schärfste Existenzminimum. Es werden jetzt schon täglich Fälle in der Presse gemeldet, nach denen sich verschiedene

Unternehmer die unglaublichsten Zumutungen gegen Stellenjuchende erlauben.

Unsere sämtlichen Einrichtungen und alle unsere Absichten, diese zu ändern oder auszubauen, sind darauf gerichtet und müssen auch seitens der Mitglieder darauf gerichtet sein, die Kampfraft des Verbandes zu stärken, die Mitglieder widerstandsfähig zu erhalten im Kampfe um das Dasein.

Unsere Unterstützungseinrichtungen sind daher nicht Selbstzweck, sondern eben Mittel zum Zweck, die Wirkung vorwärts und Ausbeutung zu schützen.

In diesem Sinne betrachtet wird es nicht schwer sein, auf dem Verbandstage in Hamburg das Richtige zu beschließen.

Ist Streikunterstützung einkommensteuerpflichtig?

Berschiedentlich haben Finanzämter bei Anträgen auf Rückerstattung zweier gezahlter Lohnsteuer für das Jahr 1925 auch von Gewerkschaften gegebene Streikunterstützung als Einkommensteuer in Anrechnung gebracht und infolgedessen die zurückerstatteten Beträge entsprechend gefürzt, oder falls einschließend der Streikunterstützung der steuerfreie Lohnbetrag erreicht war, den Antrag abgelehnt. Auf eine Beschwerde des Vorstandes des DGB, an das Reichsfinanzministerium ist unterm 5. März folgender Bescheid erteilt worden:

„Nach den von mir angestellten Ermittlungen hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß das Finanzamt bei Berechnung des zu erstattenden Lohnsteuerbetrages nach dem bisherigen § 83 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes die von den Antragstellern während der Dauer des Streiks oder der Erwerbslosigkeit außerhalb ihres letzten Arbeitsverhältnisses möglicherweise durch Gelegenheitsarbeit oder in anderer Weise verdienten, aber nicht erzielten Beträge berücksichtigt hat. Dagegen hat das Finanzamt irrtümlich die Streikunterstützungen mit in Anschlag gebracht, obwohl sie nicht als Arbeitslohn anzusehen sind. Ich habe das Finanzamt entsprechend angewiesen.“

Für die Zukunft regeln sich die Erstattungen für 1925 nach dem Runderlaß vom 26. Februar 1926 — IIIe 1050 —.

Streikunterstützung darf also nicht als Einkommen veranlagt werden.

In Nummer 11 der „Gewerkschaftszeitung“ ist alles Wesentliche aus diesem erwähnten Runderlaß veröffentlicht.

Wertsbeurteilung als Kurzarbeiter.

Aus einem Runderlaß des preussischen Ministers für Volkswirtschaft teilt der Amliche Preussische Prellendienst mit:

Nach der Einführung der Kurzarbeiterunterstützung kann Erwerbslosenunterstützung an Wertsbeurteilung oder Auslieferung nicht mehr gewährt werden. Seit dem 1. März dieses Jahres darf daher Erwerbslosenunterstützung nur nach Erwerbslosen bewilligt werden, deren Arbeitsverhältnis völlig, auch rechtlich, gelöst ist. Insbesondere muß der Arbeitgeber ihnen die Arbeitspapiere ausgehändigt haben. Das hindert nicht, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber die moralische oder rechtliche Verpflichtung übernimmt, ihm bei Besserung der Wirtschaftslage bevorzugt wieder einzustellen und ihm den Genuß der Vergünstigungen zu erhalten, die durch längere Zugehörigkeit zum Betriebe erworben werden (Urlaub, Bonitätsnachlass usw.). Der Ausfall ganzer Arbeitskräfte steht dem Ausfall voller Arbeitskräfte gleich. Die Voraussetzung, daß volle Arbeitskräfte ausgefallen sein müssen, ist nicht erfüllt, soweit auf einen Arbeitstag weniger als ein Sechstel der gewöhnlichen Wochenarbeitszeit entfällt. Falls jedoch der Sonnabend aus, so gilt er auch dann als voller Arbeitstag, wenn für ihn regelmäßig eine kürzere Arbeitszeit festgelegt ist.

Einheit.

„Konterrevolutionäre Klassenkriege“

(DGB.) In Nr. 3 der englischen Zeitschrift „Trade Union Unity“ (Gewerkschaftseinheit) schreibt George Hids in einem der Frage des Anschlusses der Russen genomineten Artikel u. a.: „Ich denke manchmal daran, von wem großem Nutzen es gewesen wäre, wenn die russische Gewerkschaftsbewegung vor 18 Monaten oder noch früher, als die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit zum ersten mal ernsthaft vom Generatrat des Britischen Gewerkschaftsbundes besprochen wurde, in den DGB eingegliedert worden wäre. Die Spaltungen in Frankreich, der Tschechoslowakei, in Deutschland und anderen Ländern hätten aus der Welt geschafft werden können und die Begeisterung und die Loyalität, die die Russen mitgebracht hätten, würden auf die ganze Bewegung abgeleitet und der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung von ganz Europa und der ganzen Welt eine andere Richtung gegeben haben. Jeder Tag der zentralen Führung der Gewerkschaften internationaler Arbeiter ist ein großer Verlust für die Bewegung und ein ernstes Schaden für die ganze Arbeiterschaft.“

Nicht bloß vor 18 Monaten, sondern schon seit Jahren sind die Russen zum Anschlag an den DGB aufgerufen worden und sie hätten in der Tat gut getan, sich anzuschließen. Da nun die obben Annahmedamer recht haben, h. die Ausführungen Tomstis und Solowitsch auf dem letzten russischen Parteitag ein Spiel mit verteilten Rollen waren, oder ob die Ansicht der „Trade Union Unity“ die richtige ist, was sagen will, daß die beiden Führer tatsächlich von entgegengelegtem Standpunkt aus reden, auf alle Fälle mitgeteilt wurde, daß die Russen „alle konterrevolutionären Gewerkschaften der Sowjetunion ablehnen und den DGB zurückzuwerfen.“

Falls sich George Hids mit seinen sehr richtigen Ausführungen über den Anschluß der Russen ebenfalls den Vor-

UNSERE JUGEND

Lied unserer Jugend.

Wir sind die junge Garde
der freideltrohen Zeit;
der roten Welt Standarte
sei unser Tag geweiht.

In uns ist alles Blüte
zur Größe und zur Macht;
durch uns wird Licht und Güte
in diese Welt gebracht.

In uns ist Frühlingsglaupe
in winterlicher Zeit;
wie graben aus dem Staube
die Blume Menschlichkeit.

In uns ist all das Hoffen,
das diese Welt verlor;
o lehi, lehi nicht schon offen
der Zukunft Sternentor?

Es winkt mit feinem Glanz
kam raden, rührt den Sphära,
denn wandert bald die ganze
klüßfrohe Erde mit.

Klaus Fehold

Jugend.

Jede Bewegung kämpft um die Jugend, und jede Bewegung sieht in diesem Kampfe um die Jugend ihre vornehmste Aufgabe, weil ihr mit der Eroderung der Jugend die Zukunft gesichert ist. Doch gehört Jugend nicht in jede Bewegung. Jugend gehört nur in die

wird gegenrevolutionären Klaffens zuzieht, hoffen wir, daß er ihn mit gleicher Gefassenheit tragen wird wie die anderen Amsterdamer Sozialverräter.

George Hids gibt in seinem Artikel am Schluß der Überzeugung Ausdruck, daß alle Schwierigkeiten auf einer Konferenz mit den Russen beseitigt werden können. Wäre dies der Fall, so würde sicher kein einziger Amsterdamer von geringsten Einwand fänden. Gerade aber die Konferenz laut und würde durch nutzloses Geröde die langsam zurückkehrende Ruhe und organische Festigung der europäischen Gewerkschaftsbewegung wieder gefährdet und in Frage gestellt. Sie könnte und wollte wahrscheinlich George Hids als Verantwortliche nicht tragen. Abgesehen von allem ist es aber sicher kein verheißungsvolles Zeichen, daß alle die sich von den Berufssekretariaten durchgeführten Einzelbesprechungen eines der nachstehenden Resultate erwarten: entweder schreitere sie und zwar trotzdem sibirische und albenährte Einheitsfrontfreunde der Amsterdamer sie in die Wege leiteten und durchführten, oder aber die Berufssekretariate wurden des Ansehens der Russen nicht froh und haben sich nun nachträglich darüber zu beklagen, daß die Russen ihre Wirksamkeit mehr erschweren als fördern.

Die Reorganisierung der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

(A.B.) Betanlich haben die italienischen Kameraden sich des vor einiger Zeit verübten Gewaltdreches Aufstoßes verachtet, zu retten, was zu retten ist. Sie leihen das Unvernünftige in Rechnung und sind nun befreit, unter größtmöglicher Behrhaltung ihrer Prinzipien die Bewegung von veränderten Verhältnissen anzupassen. Dies führte dazu, daß für die Berufs, die nicht genügend Mitglieder haben und finanziell zu schwach sind, um selbständig aufzutreten zu können, eine gemischte Gewerkschaftsorganisation gegründet wurde. Die Föderation hat den Zweck, die neuerliche Rekrutierung aller Anhänger des italienischen Gewerkschaftsbundes zu erleichtern. Sie wendet sich an Arbeiter Arbeiter sowie an Arbeiter, die total wieder in unorganisierte Organisationen oder Berufsgruppen zusammengefaßt sind, endlich an nationale Berufs- oder Industrieverbände, die ihre Autonomie verloren haben. Die Organisation stellt sich die Aufgabe der moralischen und technischen Unterstützung der Mitglieder, die an den Bundestoffe einen gewissen Beitrag von 20 Lire zu entrichten haben (15 Lire für Frauen und Jugendlichen unter 18 Jahren). Im Interesse der Schaffung eines allgemeinen Bindegliedes ist das Zentralorgan der italienischen Bundesgenossen, die „Societä Sindacati“, die zusammen mit den anderen Gewerkschafts- und Parteibürokraten seinerzeit unterdrückt wurde, neuorganisiert herausgegeben worden, und zwar laut Stellungserklärungen mit dem Resultat, daß das Blatt bereits wieder beschlagnahmt wurde.

Das Resultat der Leipziger Messe für die Luxus-, Galanterie- und Lederwarenbranche.

Die Zeitschrift „Augus und Bedarf“ hat bei verschiedenen Ausstellern Umfragen angestellt über die Messeergebnisse. Danach haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. Die Nachfrage erstreckte sich meist auf geringere Preisstufen, so daß die Geschäftskosten nicht immer gedeckt werden konnten. Einige Firmen schienen jedoch nicht ganz so schlecht abgehandelt zu haben als es hingestellt wird. So ein Beden, Leipzig, schreibt, daß in den ersten Tagen der Detailverkauf sehr ruhig war, weil die Privat- und Sammelkäufe fehlte. Auch lief meist billige Ware gekauft worden. Das Geschäft habe sich dann aber viel lebhafter gestaltet, so daß ein abschließendes Urteil nicht gefällt werden könne.

Bewegung, die ein Wort kennt, und wenn sie nur rückwärts schaut, dann ist Jugend alt.

Nicht deshalb schon ist Jugend Zukunft, weil sie jung an Jahren ist. Jungsein heißt glauben und begeistert vorwärts schauen und die Welt weiter führen zu neuer Höhe. Wer wahrhaft jung ist, der tritt wie ein Kind an das Leben heran, unbeflügelt, ohne eine von anderen veranlagte Einstellung, als Suchender, Fragender. Der verlangt von der Zeit nicht die Welt seines Vaters; der will die Welt der Jugend, die Welt der Freiheit, die Welt des kämpfenden Glaubens. Der Sucher dieser Art versteht auch, daß seine Zeit vielleicht ein grundsätzliches Neues erstrebt, daß er am Beginn steht einer von Grund auf neuen Periode der Welt. Und der weiß dann, daß er in sich eine historische Verantwortung gegen seine Zeit hat.

Und wenn auch jede Bewegung um die Jugend kämpft, die Jugend gehört nur in die Bewegung, die im Sinne dieser geschichtlichen Aufgabe der Jugend gerichtet ist: Wo die revolutionäre Gestaltung des Lebens im Sinne einer neuen, besseren Periode der Menschheit steht, da ist sein Platz für die Jugend. Nicht reden und predigen, sondern gestalten und formen! Das Leben bilden! Und darum nicht ästhetisieren und philosophieren und moralisieren, sondern ins lebendige Dasein, in den Kampf um die Wirklichkeit, in das Ringen um das Recht auf Existenz hinein und aus diesem Kampfe um den Menschen heraus die neue Sittlichkeit, die neue Philosophie, die neue Religion, die neue Geschichte, die neue Zeit!

Hier ist der Kampfplatz für die Jugend. Hier diesen Kampf um Existenz, als der Voraussetzung zum Menschen, durchzuführen mit dem lebendigen Idealismus einer lebendigen Seele, hier in diesem wirtschaftlichen Kampf des Alltags hineintragen die Idee der Freiheit und aus diesem organischen Wurzelfassen im Boden des Rechts

heraus blühen lassen den Menschen, den neuen Menschen, das ist jugendliche Tat! Das ist die heilige Aufgabe der Jugend.

Nicht links und nicht rechts! Nur hier ist der Weg! Nicht reden von Altem. Aber auch nicht mit leeren, großen, schemrevolutionären Worten reden vom Neuen. Der neue Geist verbunden mit der Wirklichkeit. Aus der Wirklichkeit der Gegenwart organisch herausreifen, voll stürmenden Mutes und doch im klaren Bewußtsein des Zwangs der Verhältnisse.

Auch Perioden werden. Auch Perioden verlangen zum Reifen Zeit. Aber sie können nur werden, wenn der große, lebendige Geist vorhanden, der in Perioden zu fühlen und zu denken vermag, wenn lebendige Seele vorhanden, aber die große lebendige Seele, die sich nicht in Kleinigkeiten und Nichtigkeiten verkehrt, sondern Großem lebt, in dem großen Gedanken, in dem großen Sinn der werdenden neuen Periode der Menschheit.

Und Jugend ist die Seele dieser Periode, Jugend, ob an Jahren alt oder jung. Junge Menschen verlangt die werdende neue Zeit, gläubende Menschen mit voller Seele und leuchtendem Blick, denn nur so kann die neue Zeit groß werden. Dr. Gustav Hoffmann.

Am Baum der Menschheit drängt sich Blüß an Blüß, nach ewigen Regeln wegen sie sich drauf; wenn hier die eine matt und wehlich, springt dort die andre voll und prächtig auf. Ein ewig Kommen und ein ewig Gehen und nun und nimmer träger Stillstand: Wir sehn sie auf, wir sehn sie niederrecken, und jede Blüte ist ein Volk, ein Land! Herbinand Breilgrath

Für Betriebsräte.

In der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 12 macht H. Uindner (Berlin) aus seiner Praxis als Betriebsrat folgende Mitteilungen, die auch für manchen unserer Kollegen von Interesse sein dürften.

„Die Erfahrungen, welche ich in einer Reihe von Jahren in meiner Funktion als Vertreter des Betriebsrates im Aufsichtsrat sammeln konnte, werden für die Presse der gewerkschaftlich tätigen Kollegen nicht ohne Interesse sein. Es handelt sich um einen Betrieb der Berliner Maschinenbauindustrie von mittlerer Größe, in dem ich seit Bestehen des Betriebsrates als Angestelltervertreter tätig bin. Nach eine das damals angekündigte Gesetz über die Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat in Kraft trat, teilte mir ein Mitglied der Direktion mit, daß der Aufsichtsrat es nicht auslösen werde, daß Betriebsratsvertreter als Aufsichtsräte fungieren. Das Recht hierzu wurde uns bestritten, weil der Betrieb nicht die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von 50 Angestellten habe. In der aus diesem Anlaß entstandenen Klage beim Gewerbeamt und beim Volkspräsidenten wurde aber festgestellt, daß die Firma mehr als 50 Angestellte beschäftige. Inzwischen war die Firma in eine Interessengemeinschaft mit einer Anzahl anderer Werke des betreffenden Industriezweiges eingetreten. Nachdem die Betriebsvertretung die Wahl der Aufsichtsratsvertreter vorgenommen hatte, fand denn auch eine Sitzung des neu gebildeten Aufsichtsrates statt, zu der auch die Betriebsratsvertreter erstmalig zugezogen wurden. Eine solche Sitzung dauerte immer minutenlang. Man hatte den Eindruck, als ob alles von den Vertretern der Aktionäre und der Direktion schon vorher sorgfältig beraten worden sei und daß dann bei Hingabe der Betriebsratsvertreter die Tagesordnung nur noch einmal pro forma und möglichst schnell erledigt werde. Ubrigens fand auch im Jahre nur eine Aufsichtsratssitzung statt, zu der die Betriebsratsvertreter eingeladen wurden. Trotzdem war uns bekannt, daß der größere Teil der Aufsichtsratsmitglieder und die Direktionsmitglieder durchschnittlich etwa monatlich einmal zu allerlei Sitzungen zusammenkamen und die wichtigsten Angelegenheiten der Gesellschaft des Konzerns eingehend besprachen. Als „Aufsichtsratssitzung“ galt eben nur die eine sogenannte „Bilanzsitzung“ alljährlich vor der ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft. Das Recht der Teilnahme an den Generalversammlungen wurde uns zunächst ebenfalls bestritten. Der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrates für alle Gesellschaften der Konzernvereinigung suchte den Betriebsratsvertretern gegenüber die Teilnahme an den Generalversammlungen als unerbötlich obet als überflüssig hinzustellen. In dem gepflogenen Briefwechsel wurden wir wiederholt darauf verwiesen, daß unsere Teilnahme nur unbedeutende Kosten verursache und daß wir ja in den Generalversammlungen die von uns ausschließlich zu vertretenden Arbeitnehmerinteressen doch nicht wahrnehmen könnten!

Nun muß ich vor allem hier anführen, daß es seit Bestehen der Betriebsräte stets mein Bestreben gewesen ist, mit den Betriebsratskollegen der übrigen Konzernwerke ebenso wie mit den beteiligten Gewerkschaftsverbänden in ständiger Zusammenarbeit und in enger Fühlung zu bleiben. Wir hatten in den letzten Jahren zweimal unter Mithilfe der für uns in Betracht kommenden Verbände des ADB und des KFA-Bundes Konferenzen der Betriebsräte unseres Konzerns zusammengebracht. Außerdem wurde auch jede Gelegenheit benützt, um persönliche Ausprachen mit Betriebsräten und deren Aufsichtsratsvertretern herbeizuführen. Auch regelmäßige, mindestens vierteljährliche, schriftliche Berichterstattung über Betriebsverhältnisse, Beschäftigungsgrad und wichtige Vorkommnisse in den Betrieben wurden innerhalb der Konzernbetriebräte stets nach Möglichkeit gepflegt. Wegen der Verweigerung des Rechts auf Teilnahme an den Generalversammlungen hatte inzwischen der Betriebsrat eines Jah-

Herr Arnade Mogs hat nicht unbedeutenden Umfang erzielt, führt das aber darauf zurück, daß die Firma zu den führenden gehöre. Albert Kolenhain, Berlin, hat auch nur davon gehört, daß billige Artikel gebraucht wurden. Neuheiten waren gefragt, aber wenig vertreten. Die Lohnmann-Werte, Bielefeld, sagen, daß Ausländer wohl genug da waren, aber darauf bedacht waren, zu Schleuderpreisen einzukaufen, was ihnen bei Firmen, die in Selbstvergehenheit waren, auch gelungen sein wird. Ein Wirtschaftler sei es, daß für das Messegeschäft 10 Mark bezahlt werden muß.

Die Firma hend u. Kopf, Dresden, berichtet, daß die zahlreich vertretenen Ausländer persönlichlich sehr gute Abschlüsse getätigt haben, während das Geschäft mit deutschen Käufern zu wünschen übrig ließ. Im allgemeinen sei das Messegeschäft unter den heutigen Verhältnissen als mittelmäßig zu bezeichnen.

Zusammenfassend wir dann gesagt: In bezug auf Neuheiten ist keineswegs eine Stagnation eingetreten, Qualitätsarbeit ist, allerdings weniger gefragt worden. Im allgemeinen war das Geschäft klar trotz der großen Anzahl Ausländer, diese wollten nur billig kaufen. Das Ausland hoffte die ungünstige Wirtschaftslage auszunutzen zu können. Die Preisdrucker sei diesmal ein besonders unersreutliches Merkmal im Messegeschäft gewesen.

Neue Kassen für die Krankenkassen?

Wirtschaftlicher Tiefstand und wirtschaftliche Hemmungen geben Ursache, die Faktoren zu erschöpfen, aus denen diese Wirtungen entstehen. Die Soziallast ist ein ganz besonderes Kapitel, was von Wirtschaftsführern unter die Lupe genommen wird. Zahlen tauchen auf und vermehren sich — Beitragslast. Der Kernpunkt der sozialen Gesetzgebung. Erst in zweiter Linie wird erwogen, daß diese Beitragslast volkswirtschaftlich unbedingt notwendigen Einrichtungen dient. In großen Zahlen wird die „Soziallast“ auf einzelne Kapitel verteilt und ihre Verwendung in großen Umrissen dargestellt. Die Wirkung im einzelnen, im Kleinen, wird zumeist nur von denen erkannt, die einen Bruchteil der großen Zahlen verarbeiten. Auf diese Faktoren wirken nicht große Zahlen; sie müssen mit geringeren Mitteln möglichst dieses schaffen. Die Krankenkassen sind oft der Angelpunkt für Angriffe unter dem Motto: Soziale Belastung, Wessensfremdheit, Machtmissbrauch, Ungerechtigkeit wird ihnen unterstellt. Aus Einzelfällen Unmögliches konstruiert. In Wirklichkeit sieht es jedoch ganz anders aus. Den Krankenkassen stehen bestimmte Mittel zur Verfügung, nach denen sich die Ausgaben richten. Würde das Verhältnis umgekehrt sein, dann müßte das zu überpannender Beitragspolitik führen. Die Grenze des Möglichen würde überschritten und damit zur haltlosigkeit des Systems der sozialen Gesetzgebung führen. Die Krankenkassen haben durch die Verfolgung der Kriegsdienstbeschädigten, soweit sie Kassenmitglieder sind, erhöhte Ausgaben. Auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes wird den Krankenkassen ein Teil ihrer Aufwendungen erstattet. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes im Jahre 1920 hatten die Kassen alle Kosten zu tragen; während der Inflation blieben die Vorarbeiten des Gesetzes für die Kassen fast ohne Wirkung. Der Erlaßspruch ist den Krankenkassen bis 31. März 1926 eingeräumt. Ob die Vorarbeiten verlängert werden, ist noch unbekannt. Würde es nicht der Fall werden, dann müßte für die Kassen eine Mehrbelastung, die nur im Wege der Beitragserhöhung ausgeglichen werden könnte. Die Folge ist, daß über die Frage der Soziallast erneut in den Zeitungen diskutiert wird. Die Ursachen der Beitragserhöhungen bleiben dabei zumeist unbeachtet. Es zeigt sich dann, daß große Zahlen wohl die soziale Belastung vermindern, daß sie aber die Wirkung im einzelnen nicht zum Ausdruck bringen, mit denen die einzelnen Krankenkasse auf Aufstellung ihres Etats rechnen muß.

fischen Konzernwertes beim Gewerbegericht Dresden geklagt und ein abschießendes Urteil erlitten. Der Betriebsrat des von nur vertretenen Wertes reichte daraufhin gleichfalls eine Klage beim Gewerbegericht Berlin ein, gestützt auf ein Rechtsgutachten eines namhaften Juristen, das der Metallarbeiterverband eingeholt hatte. Kurz vor dem angeetzten Termin erklärte die Direktion unseres Wertes, daß sie mit unserer Teilnahme an allen Aufsichtsratsversammlungen und Generalversammlungen der Gesellschaft einverstanden sei. Die Klage konnte daraufhin zurückgezogen werden. Die Teilnahme der Betriebsratsvertreter an den Generalversammlungen von Aktiengesellschaften scheint übrigens heute nicht mehr so umstritten zu sein, wie noch vor wenig Jahren.

Die in der letzten Zeit für unsere Verenschaft immer ungünstiger werdende Lage und verschiedene Beschwerden anderer Art haben uns Veranlassung, ein etwas ungewöhnliches Mittel anzuwenden. Wir lasen unsere Beschwerden und Wünsche in einer ausführlichen Denkschrift zusammen. Diese Denkschrift überlieferten wir jedem Aufsichtsrats- und Direktionsmitglied besonders. Dadurch erlebten wir in der kurz darauf stattfindenden Aufsichtsratsversammlung eine lebhaftere und längere Aussprache, wenn auch mehr als einer der Herren Aufsichtsräte unser Vorgehen als unerhört empfanden und auch bezeichnete. Wir konnten zum Beispiel die Zulage einer besseren Erstattung des vierteljährlichen Geschäftsbörsenberichts der Direktion an den Betriebsrat erreichen, während unter Verlangen nach mehr planmäßiger Fabrikation und Produktionsverteilung innerhalb der Konzernwerte vorerhand noch unerfüllt blieb. Hierbei habe ich auch die Erziehung gemacht, wie wenig fälschlich es unserer Vertretung ist, wenn zum Beispiel die Arbeitervertreter im Betriebsrat und im Aufsichtsrat fast jährlich wechseln, wie das bei meinem Werte der Fall war. Es gehört eine gewisse Stabilität der Betriebsratsvertreter dazu, um langsam in ihre Aufgaben hineinzuwachsen. In der Regel kann ein Aufsichtsratsvertreter im ersten Jahre seiner Tätigkeit fast gar nicht eingreifen, weil ihm sehr wenig Zeit ist.

Zum Schluß will ich noch unsere Arbeit in den letzten Monaten erwähnen, welche für uns im Zeichen der vollständigen Verschmelzung aller Konzernwerte zu einer Gesellschaft (Vollfusion) standen. Die beinahe katastrophal zu nennende Lage unseres Industriezweiges drängte zu rationeller Betriebsführung. In den letzten Sitzungen der nun vereinigten Gesellschaften waren etwa 50 Aufsichtsräte und Direktoren und zehn Betriebsratsaufsichtsräte vereinigt. Unsere Vertreter stimmten der Fusion zu, obgleich wir durch starken Abbau von technischen und kaufmännischen Angestellten und auch von Arbeitern zunächst der leitendsten Teil sind. Ich konnte im Namen meiner Aufsichtsratskollegen erklären, daß wir die planmäßige Fabrikation als volkswirtschaftlichen Fortschritt ansehen und daß wir nur mit dieser Planwirtschaft den Wettbewerb aufnehmen könnten und den verlorenen Export wieder gewinnen würden. Die deutsche Industrie kann sich nach unserer Auffassung nicht mehr den Luxus leisten, daß jedes einzelne Werk innerhalb eines Industriezweiges dieselben oft fünfzig und mehr Typen und Größen von Maschinen baut, welche die betreffende Branche braucht. Ich will hoffen, daß die vielen schönen Worte, welche die Leiter unserer neuen vereinigten Gesellschaft hören ließen, nicht allzu sehr durch die Wirklichkeit enttäuscht werden. In der schließlichen Wirtschaftskrise scheinen unsere Direktoren Wert auf Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeitnehmer in Betrieben zu legen. Sie scheinen sich vielfach hilflos der kommenden Wirtschaftsumwälzung gegenüber zu fühlen. Deshalb hoffe ich, daß wir in dem uns erreichbaren Maße gutem Glauben den Betriebsrat auch weiterhin gute Arbeit für die in den Werken unserer Gesellschaft beschäftigten Kollegen werden leisten können.

Der Vertrauensmann.

Vertrauensmann! Das Wort hat nicht nur gehaltenen Klang, es hat auch tiefe Bedeutung. Es soll sagen, daß ein Mann Vertrauen genießt, Vertrauen, gegeben von vielen Gleichgesinnten. Glücklich ist jenerjenige zu schätzen, der sich dieses Vertrauen vieler erzungen hat. Freundliches Verantwortlichkeitsgefühl muß ihn erfüllen, um sich des gegebenen Vertrauens auch würdig zu erweisen.

Warum wählt man sich Vertrauensleute? Sie werden gewählt, um den Willen der vielen einheitlich zu verkörpern und zur Ausführung zu bringen. Doch nicht nur das; auch Führer und Berater soll der Vertrauensmann sein. Nach dem ist er gewählt. Eine Organisation mit demokratischer Vertretung muß ein wohlüberlegtes Vertrauensmännerwesen haben, wenn sie erfolgreiche Arbeit verrichten will. Bis in die obersten leitenden Spitzen sind die Vertrauensleute in ihre Posten eingegliedert, gewählt durch das Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft. Damit ist die Bedeutung des Vertrauensmannes gegeben.

Ein hohes Maß von Verantwortlichkeit ist es, das der Vertrauensmann übernimmt. Getragen von stütlicher Pflicht, hat er die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Gleichgültig soll er denen, die ihn gewählt haben, mit freudiger Schaffenslust und mit bestem Beispiel vorangehen.

Viele Aufgaben haben, die der Vertrauensmann erfüllen soll. Als einer der Träger der Organisation ist er gewiß, täglich, ja stündlich für die Interessen seiner Kollegenschaft zu wirken. Jederzeit heißt es für ihn, bereit und dort zur Stelle zu sein, wo es Arbeit und Kampf gibt. Die Organisation wird durch den Vertrauensmann verkörpert. Er erfüllt sie mit tätigen Leben. Da gilt es unter anderem auch, Säumige zu mahnen, Laxe anzu-spornen, wertvolle Kräfte sich dienstbar zu machen, Gegner zu überzeugen und ins eigene Lager herüberzuholen. Und das alles für die Bewegung, für den Verband.

Unsere Vertrauensleute, unsere tätigen Kolleginnen und Kollegen wissen, wofür sie wirken. Wenn sie über die eigentliche Arbeitszeit des Berufes hinaus Tag für Tag für den Verband arbeiten und schaffen, so tragen sie nicht nur persönliche Ehre und Dank. Der schönste Lohn für ihre unermüdete Tätigkeit wird ihnen der Erfolg sein.

den sie ernten. Und derjenige Vertrauensmann, der es nicht mit seiner Arbeit, der braucht um Erfolge nicht bangen. „Mensch sein, heißt kämpfen sein!“ Dieses Wort gilt insbesondere für die Vertrauensleute. Großer Kampfesmut, Energie und Arbeitsfreudigkeit, das sind die Eigenschaften, die den Vertrauensmann auszeichnen. Darüber hinaus fühlt er sich als bewusster Träger seiner Organisation, als mutiger Wegbereiter einer guten Sache. Der Verband, der von solchen Vertrauensleuten gestützt wird, muß gefestigt bestehen. Und wenn die Organisation in schweren Zeiten feindlichen Stürmen Trug bietet, dann hat sie es in erster Linie ihren starken Säulen, den Vertrauensleuten zu danken.

Aus unseren Berufstreifen.

In der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“ wird zur Wirtschaftslage Stellung genommen und dabei die Meinung geäußert, „daß die gegenwärtige Krise ein Reinigungsprozeß sei, der mit den schärfsten Waffen geführt wird. Jenen müsse auch jeder kleinste Betrieb erliegen, der nicht in tauglichster und technischer Beziehung auf das rationelle arbeitet.“ Auf die große Masse der Klein- und Kleinmeister angewandt, ein wunderbares Rezept. Ob es hilft, ist freilich eine andere Frage. Ebenso wohlfeil ist folgendes: „Grade die kommenden Monate schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis werden zeigen, ob der Gewerbetreibende und der Handwerker die Zeichen unserer Zeit verstanden und sich in der Hinsicht rationell umgesehen hat. Es gilt eben mit allen Möglichkeiten des Selbstschutzes sein eigenes Unternehmen so zu festigen, daß es den Anforderungen, die gerade in den kommenden Monaten gestellt werden, voll und ganz genügt. Liebererkauf im Einkauf, der grundsätzlich nur den laufenden Bedarf bedarf, Verkauf nur unter den denkbarsten Vorbehalt, maßregeln nach genauer Information, planmäßiges Einziehen der Außenstände, Abtragung der Lieferanten-schulden usw.“

Das sind gewiß Vorschläge, durch welche sich viele Kleinmeister aus der Misere ziehen könnten, wenn sie in der glücklichen Lage wären, nach solchen Rezepten zu disponieren. In Wirklichkeit liegen die Dinge wohl ein wenig anders. In diesen Zeiten dürften manchen Selbständigen wohl klar geworden sein, daß seine Konkurrenz im Grunde genommen eine recht proletarische Färbung gewonnen hat. Die schönsten Illusionen helfen darüber nicht hinweg. Wenn diese Einsicht gekommen ist und diese Schichten länden den Anstoß an ihre eigentlichen Klassengenossen, dann wäre weitgehend etwas gewonnen.

Dann wird den Meistern noch geraten: „Besser wenig Produktion und wenig Umsatz ohne Schulden, als viel Produktion und viel Umsatz mit Schulden.“

Bei der geringen Kaufkraft, die zurzeit in den Volksmassen die Herrschaft hat, obnein sich Konsums. Man darf nur die Anzeigerzeitungen daraufhin durchlesen, in welcher Weise verurteilt wird, Käufer anzulocken, und man wird verstehen, daß solche Kaufschläge in der Praxis völlig gegenstandslos sind.

So sehr man in der Handwerkerpresse auch gegen Konsumgenossenschaften der Arbeiter zu Felde zieht, so sehr schätzt man die eigenen Genossenschaften, wenn sie dem Handwerker Vorteile bieten. Auf diesem Gebiet gibt man sich sogar den Anschein, als ob die Handwerker dem Großkapital ernstlich entgegengerichtet wöllen, denn sie doch sonst stets Genossenschaft und Zuträgerdienste leisten.

An anderer Stelle wendet sich Herr Ortner (Dresden) gegen die Polsterwarenhandlung in Mitteldeutschland, diese wären die schlimmsten Konkurrenten der Handwerker-genossenschaften. Sie hätten jetzt einen Verband gegründet zu dem Zweck, die Genossenschaften totzumachen.

In Berlin hat kürzlich der Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe Dr. Hoppe darauf hingewiesen, daß die Sondertredite für den gewerblichen Mittelstand, wenn man ein vorläufiges Fazit zieht, nicht zur Wiederherholung ermuntern. Wünsche auf neue Kredite hätten wenig Aussicht, beim Reichswirtschaftsminister befürwortet zu werden.

Dazu wird von Handwerkerseite bemerkt, daß man von diesen Sondertrediten auch nicht erbaute sei, weil man sie durch übertriebene Steuern finanziert habe. Wenn aber andere Berufstände durch langfristige Sondertredite bei möglichem Zinsfuß bevorzugt würden, wolle man auch nicht darauf verzichten.

Pferd oder Maschine. Das Maschinenzeitalter hat das Pferd als Zugtier durch Automobile und Traktoren vielfach verdrängt, trotzdem scheint die Frage, was rentabler ist, Pferd oder Maschine, noch nicht ganz einwandfrei festgestellt zu sein. Die Bundesregierung der Sattler bringt einen Artikel, nach dem der Direktor Weidemeyer vom Preisfelder städtischen Schirrhof Probefahrten mit Pferd und Kraftvorspannung vorgenommen hat, die für das Pferd sehr günstige Resultate ergaben. Die Rentabilitätsberechnung ergab, daß für die gleiche Transportleistung für den Pferdetransport 37,87 Mt. Tageskosten, für den Krafttransport jedoch 41,05 Mt. erforderlich waren (Betriebsstoff, Rohöl). Beim Benzolmotorbetrieb beliefen sich die Tageskosten auf 63,62 Mt. bzw. 58,77; der Unfall verursachte 68,82 Tageskosten, schloß aber in Neben Stunden daselbst, was mit Pferden in neun Stunden geschafft wurde.

Der Sattler hat natürlich ein großes Interesse an diesen Fragen, denn davon hängt es ab, ob die Geschirrlatterei noch weiter zurückgehört oder wieder in Schwung kommt. Uns will scheinen, daß die Verwendung des Pferdes als Zugtier, trotz dieser scheinbaren Billigkeit gegenüber dem Motor, dennoch immer mehr zurückgehen wird. Das Pferd erfordert sehr gute Pflege und Behandlung; wenn es eintritt, ist der Schaden sehr empfindlich für den Besizer. Die Maschine geht ja auch einmal anzuwei, ist aber doch wohl im allgemeinen robuster. Dieser Punkt scheint auch bei der Prüfung dieser Fragen keine Beachtung gefunden zu haben. Wir wollen uns deshalb lieber nicht mit unsicheren Hoffnungen über die Situation hingewälzen, als ob die Geschirrlatterei in nächster Zeit einer neuen Blütezeit entgegengehen dürfte.

Die höhere Fachschule für Dekorateur, Polsterer und Tapezierer in Frankfurt a. M. Wie bereits mitgeteilt, wird die höhere Fachschule am 1. April 1926 errichtet. Der Unterricht beginnt am Montag, den 19. April. Aufnahme finden Gehilfen jeden Alters, soweit sie die Gehilfenprüfung bestanden haben, sowie Selbständige. Ausbildung erfolgt in Halbjahrs- und Jahreskursen, das Schulgeld beträgt monatlich 20 Mark. Anmeldungen bei dem Direktor Th. Walter, Frankfurt a. M., Mottekolle 23.

Die offizielle Eröffnung erfolgt am 18. April, vorm. 11 Uhr, in der Schulaula.

Die deutsche Reichsfachschule für Sattler und Tapezierer in Hildesheim. Diese Fachschule besteht seit dem 15. November 1921 und ist nunmehr in ein eigenes Heim, das ehemalige staatliche Seminar, eingezogen.

Zu den bisherigen Fachklassen kommt am 15. April auch noch eine solche für Automobil- und Wagenausflüge. Außerdem wird auch eine Abteilung für Polsterer und Dekorateur errichtet, die als höhere Fachklasse für angemannte Raum- und Innenkunst bezeichnet wird. Die Unterrichtszeit ist hier eine halbjährige. In diese Abteilung werden nur Personen aufgenommen, welche bereits die Abteilung B für Polsterer und Dekorateur mit dem Erfolg der Meisterprüfung bestanden haben. Die Hildesheimer Schule hat demnach Fachklassen: für Kumpelbau, für Sättel und Reitzeuge, für Kumpelbau und Seileis, für Koffer und Taschen, für Auto- und Wagenausflüge in der Fachabteilung A für Sattler und Taschen. In der Abteilung B für Polsterer und Dekorateur gibt es Fachklassen für Leder- und Stoffpolster, für Aufsätze und Dekorations für Lederhüte und Applikation, für Fach- und Wertzeichen, für Raum- und Innenkunst.

Die Stadt Hildesheim hat ferner 120 000 Mt. für einen Neubau bewilligt, der an die Kunstgewerbeschule angegeschlossen werden und bis zum 1. April 1927 fertig sein soll. Er wird für die Reichsfachschule eingerichtet.

Die Stadt Hildesheim scheint demnach großen Wert auf den Ausbau dieser Fachschule zu legen. Ueber die Schülerzahl werden zwar keine näheren Angaben gemacht, sie scheint aber hundert oder mehr zu betragen.

In der Arbeitsgemeinschaft des Sattler- und Tapeziererbundes verhandelte man erneut über Plush- und Schwarzarbeit. Man will auf den Bundesstaat überreichtum Stellung hierzu nehmen. Das Selbständigemachen soll erst vom 24. Lebensjahre an zulässig sein. Auch mit der Tariffrage hat man sich beschäftigt. Beide Bünde stehen auf dem Standpunkt, es sei ratsam, Manteltarife zu schaffen.

Der Tapeziererbund montiert, daß bei der Reichsfachschule in Hildesheim noch eine höhere Fachklasse für Tapezierer geschaffen wurde. Der Sattlerbund bezeichnet darauf die Gründung der Frankfurter Schule als Gegenmaßnahme.

Der Sächsische Landesverband der Sattler veröffentlicht in der Bundeszeitung eine Statistik. In derselben werden folgende Angaben gemacht: Von 38 Fragebögen sind 36 beantwortet zurückgekommen. Danach beträgt der Mitgliederbestand 1475, der sich auf 616 Sattlerern, 74 Tapezierern, 36 Wagenbauer- und 732-gemischte Betriebe verteilen.

Beschäftigt wurden in 36 Innungen 778 Gehilfen in 50 Betrieben und 707 Lehrlinge bei 490 Meistern. 513 Mitglieder führen Ladengeschäfte.

In dieser Statistik erscheint uns manches recht dunkel, hier scheint verschiedenes durcheinander geworren zu sein. In der Hamburger Verammlung der Sattlerinnungen gehilfen eingeschrieben und nur 290 offene Stellen gemeldet waren, wovon 240 belegt wurden. Ueber solche Verhältnisse muß man denn doch lachen. Wo kommen denn in Hamburg 800 Sattlergehilfen her?

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsanbahnung an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie.
Stuttgart. Die Differenzen sind noch nicht beigelegt.

Tapezierergewerbe.
Wienbaden. Bei der Firma Hüllighaus, Stapelmöbelbetrieb, bestehen Differenzen.
Melde! streng die Orte!

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 28. März bis 3. April ist der 13. Weltkongress tagungsfähig.

Wir erluchen alle Ortsverwaltungen, die Meldungen betreffend die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, Ende März dieses Jahres bis spätestens zum 5. April einzusenden. Am 12. April der Verbandstag beginnt, muß die Zusammenstellung bereits am 9. April fertig sein, und wir können alle Orte, die nicht rechtzeitig berichten, nicht berücksichtigen werden. Es ist aber im Interesse der Verhandlungen auf dem Verbandstag bringen notwendig, die Aufstellung so vollständig wie möglich zu bekommen. Wir erluchen deshalb um pünktliche Einhaltung des oben angegebenen Termins.

Sterbetafel.

Stuttgart. Im Alter von 30 Jahren ging der Kollege Otto Braunbeck freiwillig aus dem Leben. Vorherigen Kollegen der Firma Kumpel u. Böhmer das letzte Geleit.

Ehre seinem Andenken!